



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

20. Sitzung (öffentlich)

9. September 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 11:40 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Der Ausschuss erweitert die Tagesordnung der von den Fraktionen von SPD und Grünen beantragten Sondersitzung auf Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich um den TOP „Verschiedenes“.

1 Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2436

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege (Altenpflegeausgleichsverordnung – AltPflAusgIVO); Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes

Vorlage 15/778

– Beschlussfassung über eine öffentliche Anhörung

Der Ausschuss fasst den Vorratsbeschluss, vorbehaltlich der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/2436 durch das Plenum Ende September am 12. Oktober 2011, 10 Uhr eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

2 Verschiedenes

4

Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit

4

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1682

Und:

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2775

Der Ausschuss will am 12. Oktober 2011, 13 Uhr eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2775 durchführen.

Die ursprünglich für den 12. Oktober 2011 geplante Anhörung zum Antrag der Fraktion der Linken Drucksache 15/1682 wird geschoben und soll zeitnah im Rahmen einer Sondersitzung stattfinden.

* * *

2 Verschiedenes

Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1682

Und:

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2775

Vorsitzender Günter Garbrecht führt aus, wie gegenüber den Fraktionen am Vortag in einem Schreiben angekündigt, sei der Gesetzentwurf Drucksache 15/2775 nunmehr dem Parlament zugeleitet worden. Die Auszahlung der Landesersparnis an den Wohngeldausgaben in Höhe von insgesamt ca. 60 Millionen € zum 30. November 2011 an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen lasse sich allerdings nur dann gewährleisten, wenn das Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig abgeschlossen werde. Demnach müssten die gemäß Anlage 9 der Geschäftsordnung notwendige Anhörung der kommunalen Spitzenverbände am 12. Oktober 2011 und die zweite Lesung im Novemberplenium stattfinden. Dies wiederum erfordere die Verschiebung der für den 12. Oktober 2011 vorgesehenen Anhörung zum Thema „Sozialticket“.

Der Fahrplan könnte demnach wie folgt aussehen:

- erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 15/2775 im Plenum am 28./29./30. September 2011
- Vorratsbeschluss über eine Anhörung in der AGSI-Ausschusssitzung am 21. September 2011
- Anhörung am 12. Oktober 2011, 13 Uhr
- Auswertung und gegebenenfalls Abstimmung in der AGSI-Ausschusssitzung am 9. November 2011 (oder Abstimmung in einer Sondersitzung des AGSI-Ausschusses vor dem Plenum am 16. November 2011)
- zweite Lesung im Plenum am 16./17. November 2011

Wolfgang Zimmermann (LINKE) bedauert die Verschiebung der Anhörung zu dem für seine Fraktion sehr wichtigen Thema „Sozialticket“ und plädiert dafür, sich im Rahmen einer Obleuterunde auf einen sehr zeitnahen Ersatztermin noch im Jahr 2011 zu verständigen.

Es gelte der Grundsatz, dass Anhörungen zu Gesetzentwürfen Vorrang hätten vor Anhörungen zu Anträgen, betont **Vorsitzender Günter Garbrecht**. Das Recht der Fraktionen hinsichtlich der Beantragung von Anhörungen werde an dieser Stelle nicht tangiert. Der Ersatztermin für die Anhörung zum Antrag der Fraktion der Linken Drucksache 15/1682 sollte in der Tat zeitnah im Jahr 2011 liegen, was allerdings nicht mehr im Rahmen der bereits beschlossenen AGSI-Ausschusssitzungen möglich sei. Da überdies bekanntlich weitere Gesetzgebungsverfahren mit neuen Sitzungsterminen anstünden, sollten sich die Obleute unter Berücksichtigung der Reihenfolge aller Gesetzentwürfe und Anträge auf einen Termin für eine Sondersitzung für die Anhörung zum Thema „Sozialticket“ verständigen. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss will am 12. Oktober 2011, 13 Uhr eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2775 durchführen.

Die ursprünglich für den 12. Oktober 2011 geplante Anhörung zum Antrag der Fraktion der Linken Drucksache 15/1682 wird geschoben und soll zeitnah im Rahmen einer Sondersitzung stattfinden.

gez. Günter Garbrecht
Vorsitzender

Roe/14.09.2011/16.09.2011

161